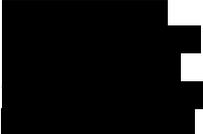


11.10.2012

  
Landkreis Prignitz  
Der Landrat  
**Geschäftsbereich III Bußgeldstelle**  
Berliner Straße 49  
19348 Perleberg

Ihr (OWi-) \*Bußgeld\* - Angebot vom 08.10. 2010  
Ihr OWi- Aktenzeichen: **89.26124.3 HK**  
[bussgeldstelle@lkprignitz.de](mailto:bussgeldstelle@lkprignitz.de)

Sehr geehrte Frau Tack, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Heimat- und Staatenlose,

ich habe ihr o. g. OWi- Angebot mit Ihrem o.a. Aktenzeichen erhalten und weise dieses nicht unterschriebene = nicht gerichtswertbare = unverbindliche OWi- Angebot zurück.

**Hiermit erhebe ich sofortige Beschwerde mit Antrag und Forderung auf Prüfung, Klärung und Erfüllung:**

Leider habe ich von Ihnen außer Ihren o.g. Bußgeldbescheid kein Vorläufer- Schreiben bekommen und fordere daher dieses von Ihnen ein. Der Bußgeldbescheid ist zurück zuziehen.

**Zu 1 Sofortige Beschwerde mit Antrag und Forderung auf Prüfung, Klärung und Erfüllung:**

Die OWi (OWIG) ist ein reines Geschäftsmodell auf See- handelsrechtlicher Grundlage und dient zur indirekten / direkten Finanzierung von den illegalen faschistischen Gleichschaltungsprojekten und Kriegerischen Handlungen! (Kommunale Entlastung vom BRD- Bundeshaushalt) Verkehrssicherheit wird als Rechtfertigungsgrund täuschend vorgeschoben.

**Zu 2 Sofortige Beschwerde mit Antrag und Forderung auf Prüfung, Klärung und Erfüllung:**

Offenkundige Entstaatlichung: Erfolgte Privatisierung auch Ihrer ehemaligen staatlichen Amtsverwaltung. Auch Ihre PVB AVPR Stolpe ist keine amtliche Dienststelle mehr! (Ihr) Schreiben werden nicht mehr nach deutschen BGB unterschrieben und amtlich gesiegelt. Entfernung der Amtsbezeichnungen, Amtssiegel, Amtsausweise. Ersatz des deutschen BGB und Ihrer staatlichen Rechtsgrundlagen nach 1990 durch juristische privatrechtliche Grundlagen auf See- und Handelsrecht. Dazu kommt die schleichende § Unterordnung unter die Völkerstaatsrechtlich nicht legitimierte NGO Europäische Union (EU)! Damit liegt ein Totalverlust Ihrer Rechtsstaatlichkeit und Ihrer rechtstaatlichen Legitimation vor! Sie sind damit als eine privatrechtliche Nichtregierungsorganisation (NGO) zu betrachten. Dem ist sofort grundgesetzliche Abhilfe zu schaffen!  
Wenn es nicht so ist, bitte/ fordere ich um Ihre fach- sachgerechten, dezidierten Gegenbeweise, sofortige Abhilfe in Form sofortige Rückkehr zur amtlichen Arbeitsweise nach deutschen BGB!

**Zu 3 Sofortige Beschwerde mit Antrag und Forderung auf Prüfung, Klärung und Erfüllung:**

Offenkundige Entstaatlichung Ihrer Verwaltungsorganisation mit Aufhebung / Privatisierung aller Rechtsgrundlagen inkl. Ihrer Rechtsgrundlage wie z. B. das OWIG.  
Für eine 2012 private Organisation (NGO) besteht keinerlei staatsgesetzliche Pflicht mehr!

**Zu 4 Sofortige Beschwerde mit Antrag und Forderung auf Prüfung, Klärung und Erfüllung:**

Auf Grund der **ab dem 8.12.2010 festgelegten Staatenlosigkeit** mit der vorgetäuschten Naziblende \*Deutsche Staatsangehörigkeit\* **als geheimer Staatsstreich** habe ich Prüfung bei den zuständigen Stellen beantragt. Dasselbe wäre auch bei einer laut GG 139 und den nachfolgenden Rechtsvorschriften **verbotenen Fortführung** der deutschen Nazi- STA von 1934 der Fall.

Auf Grund **ab dem 8.12.2010 festgestellter Staatenlosigkeit** mit der vorgetäuschten Nazi- StA- Blende \*Deutsche Staatsangehörigkeit\* sind auch alle Personen Ihrer Verwaltungsorganisation ab dem 8.12.2010 offenkundig **NICHT** für ihre Handlungen legitimiert. Dasselbe wäre auch bei einer laut GG 139 und den nachfolgenden Rechtsvorschriften **verbotenen, illegalen Fortführung** der deutschen Nazi- Staatsangehörigkeit von 1934 der Fall.

Das bei der zuständigen Verwaltung  
Landkreis Ludwigslust-Parchim  
FD Ordnung/ SB Staatsangehörigkeit  
z. H. Herrn FDL Frank Leuschner  
Putlitzer Straße 25  
19370 Parchim

und das Bundesverwaltungsamt (BVG)  
Staatsangehörigkeitsbehörde  
50728 Köln

eingeleitete Prüfungsverfahren dient zur Klärung meiner Staatsangehörigkeit/ c/o Staatenlosigkeit.  
**Was für mich gilt, für gleichbedeutend für alle deutschen Staatsangehörigkeiten in der Bundesrepublik Deutschland gültig!**

**Zu 5 Sofortige Beschwerde mit Antrag und Forderung auf Prüfung und Erfüllung:  
Mit Maßgabe auf folgenden OWi - STAATENLOSIGKEIT - Präzedenzbeschuß vom Amtsgericht Vechta  
93 OWi 305/12 Richter Haskamp ist das OWi- Verfahren wegen unserer / Ihrer offenkundiger  
Staatenlosigkeit (geheimer Staatstreich am 8. 12.2010) SOFORT einzustellen!**

**Dazu Verweis: Aktueller Präzedenzbeschuß –Staatenlosigkeit- wegen \*Ausgeschlossene Personen kraft  
Gesetzes wegen Grundrechteverletzung\* vom Amtsgericht Vechta 93 OWi 305/12 Beschluß von Herrn  
Richter Haskamp zur Bußgeldsache gegen Peter Riedinger vom 06.09.2012 auf Grund:  
Staatsangehörigkeit NICHT bekannt! (§ angezeigte STAATENLOSIGKEIT)**

**Dazu weiter der Verweis die letzte OWi- Verfahrenseinstellung bzgl. meine Person am Amtsgericht  
Schwerin aus derselben Ursache: Staatenlosigkeit und § Weiterführung des Nazismus und Faschismus!  
35 OWi 389/12**

Sie sind STAATENLOS und haben u. a. damit für diesen Vorgang/ Fall keinerlei § Grundlage/ Legitimation mehr  
und sind zur umgehenden OWi- Verfahrenseinstellung gesetzlich verpflichtet!

**Zu 6 Sofortige Beschwerde mit Antrag und Forderung auf Prüfung und Erfüllung:  
Dazu kommt die Feststellung der Nichtigkeit der Wahlen ab 1956 durch das akt. BVerG- Urteil vom  
25.07.2012:  
BVerfG, 2 BvF 3/11 vom 25.7.2012, Absatz-Nr. (1 - 164),  
[http://www.bverfg.de/entscheidungen/fs20120725\\_2bvf000311.html](http://www.bverfg.de/entscheidungen/fs20120725_2bvf000311.html)**

Wahlbetrug = Nichtige Rechtsgrundlagen in Folge Nichtigkeit des mangelhaft gewählten Gesetzgebers,  
Nichtigkeit der gegen Artikel 139 GG verstoßenden Weisungen und Handlungen durch Sie und alle genannten  
Personen = In § Folge liegt auch NICHTIGKEIT der Ernennung/ Kommunalwahlen vor! Es liegt in § Folge  
Nichtigkeit der Ernennung von gegenwärtig allen Verwaltungs- und Regierungspersonen (auch nach § 18 DRiG)  
vor. Dem ist grundgesetzlich sofort Abhilfe zu schaffen!

**Zu 7 Sofortige Beschwerde mit Antrag und Forderung auf Prüfung, Klärung und Erfüllung:  
Verweis auf offenkundige Rechtstatsachen durch die hist. Abfolge Gesetze und Rechtsgrundlagen und  
Rechtvorschriften, welche über was diverse Rechtsgutachten/ Abhandlungen zur strickt VERBOTENEN  
Fortführung Nazi- Staatsangehörigkeit und Staatenlosigkeit und Nazi- Gesetze in der BRD vollständig  
nachgewiesen sind. Dem ist nach Artikel 139 GG sofort Abhilfe zu schaffen!**

**Zu 8 Sofortige Beschwerde mit Antrag und Forderung auf Prüfung, Klärung und Erfüllung:  
Nach 1945 wurden entgegen der alliierten Aushebung stillschweigend, heimlich, schrittweise die verbotenen Nazi  
- Gesetze reanimiert bzw. in getarnt modifizierter Form / in Bestandteile wieder eingeführt. Heute existiert eine  
Vielzahl dieser verbotenen Nazi- Gesetze und Inhalte in den Rechtsgrundlagen / in der Rechtspflege der  
Bundesrepublik Deutschland.  
Dabei geht es mir ausschließlich nur um die angewandten Nazi – Gesetze, die faschistische deutsche  
Staatsangehörigkeit vom 05.02.1934 und die Gleichschaltungsgesetze ab 1934 als offenkundige  
Rechtstatsachen. Selbstverständlich entfalten sie volle Rechtswirkung! Die existenzielle Grundlage des  
Nazireiches- die von Adolf Hitler zwangsverordnete deutsche Staatsangehörigkeit von 1934 - wurde aber als  
Kriegslist nach HLKO Artikel 24 bis zum 8.12.2010 NICHT beseitigt.  
Ab 8.12.2012 wird die hitlerfaschistische deutsche Staatsangehörigkeit von 1934 als inhaltliche  
Blende/Täuschung über die Staatenlosigkeit weitergeführt um die Menschen Vogelfrei im faschistischen 4.  
Gleichschaltungsgroßreich der EU zu verarbeiten! = Deren propagierte faschistische Agenda:  
Zukunft ohne Menschen! (zu sehen auf den Propaganda- TV)**

**Zu 9 Sofortige Beschwerde mit Antrag und Forderung auf Prüfung, Klärung und Erfüllung:  
Auf Grund o.g. Tatsachen besteht allg. pers. Widerstandspflicht gegen die illegale § Fortführung des verbotenen  
Hitlerfaschismus\* Nazi\*- Staatenlosigkeit nach Artikel 20 GG für jeden verfassungs- und Grundgesetztreuen und  
mündigen Bürger!**

**Zu 10 Sofortige Beschwerde mit Antrag und Forderung auf Prüfung, Klärung und Erfüllung:  
Es liegt massive Verstöße, Beschädigung gegen das Bonner Militär - Grundgesetz/ GG und Verfassungsbruch  
vor. Dazu kommt Ihre fehlende Legitimation. Ich fordere Sie daher beantragend auf bis zur vollständigen,  
komplexen sach- fachgerechten Klärung das o.g. OWi- Verfahren/ Forderung SOFORT auszusetzen!**

**Zu 11 Sofortige Beschwerde mit Antrag und Forderung auf Prüfung, Klärung und Erfüllung:**

Aus allen o.g. geschilderten gesamten Vorgängen, offenkundigen Tatsachen, offenkundigen Rechtstatsachen und Zusammenhängen liegt schwere Grund- und Menschenrechteverletzung, schwere Kapitalverbrechen gegenüber uns Allen vor!

Es liegt heute ein Totalverlust der rechtstaatlichen Ordnung, der freiheitlich demokratischen Grundordnung und aller moralisch ethischen Werte unserer Gesellschaft vor! Auch dadurch ist jeder Mensch zum sofortigen Widerstand / Beseitigung des illegal fortgeführten Hitler- Faschismus und Nazismus grundgesetzlich und grundgesetzlich und verfassungsrechtlich, strafbewehrt verpflichtet! **Verweis Artikel 20 GG!**

**Zu 12 Sofortige Beschwerde mit Antrag und Forderung auf Prüfung, Klärung und Erfüllung:**

Ihre pers. Dienstpflicht u. a. zur Remonstration: Es sind alle zuständigen, kompetenten Behörden auf dem Dienstweg zur sach- und fachgerechten Klärung aller aufgeführten, komplexen Sachverhalte einzuschalten. Das betrifft damit auch das LKA, das BKA, das Innenministerium von MV, das BMI und den Verfassungs- Schutz, welcher zum Schutz des Bonner Militär- Grundgesetzes /GG und der beinhaltenen, überlagerten Heimat-Verfassung von 1919 gesetzlich strafbewehrt verpflichtet sind!

Ich verweise Sie in diesen Fall angesichts Ihrer vollumfänglichen unverjähren privaten Haftbarkeit auf Ihre Remonstrationspflicht gegenüber Ihren übergeordneten Dienststellen und Dienstvorgesetzten.

**Anhand der kleinen E- Mail Dokumentation 1- 12 können Sie unzweifelhaft erkennen, daß die obersten Dienststellen offenkundig versuchen auszuweichen und die Zuständigkeiten auf die untergebenen Befehlsempfänger der pyramidalen Machstruktur bequem abzuwälzen.**

**Maximal kursieren, nicht nachvollziehbare, dubiose mündliche bzw. elektronische Dienstanweisungen in \*James Bond\*- Manier. Diese \*Dienstanweisungen\* aber sind in der § Realität nur völlig rechtunverbindliche Empfehlungen, deren pers. Verursacher nicht umsonst wegen möglicher Haftbarkeit getarnt - anonymisiert sind.**

**Es verhält sich heute so wie mit dem DDR- Schießbefehl. Ist es mit der BRD - Täuschung nun absehbar wie einst mit der DDR - Täuschung vorbei, sollen sich ev. womöglich wieder nur die unteren Befehlsempfänger verantworten, während deren oberste Dienstherren angeblich nichts gewußt haben wollen.**

Lassen Sie es für sich persönlich nicht erst ev. soweit kommen.

**Üben Sie angesichts der heutigen völlig instabilen gesellschaftspolitischen Situation in der Zeit des Wandels/ Überganges pflichtgemäß Remonstration gegen den illegal fortgeführten § Faschismus und Nazismus:**

**Fordern Sie juristisch dezidierte Klärung zur verbotenen juristischen Nazismus- Weiterführung, verfassungsfeindliche Entstaatlichung, Koloniestatus, verlorene rechtstaatliche Legitimation gekrönt mit pers. Staatenlosigkeit von ihren übergeordneten Dienststellen ein.**

**Nehmen Sie wegen Ihrer privaten unverjähren Haftbarkeit schon aus § Eigenschutz Ihre Dienstherren konkret dazu nachvollziehbar in die juristische Verantwortung/ Haftung!**

Die zuständige alliierte MHStA ist bereits vollumfänglich eingeschaltet.

**Zu 12 Sofortige Beschwerde mit Antrag und Forderung auf Prüfung, Klärung und Erfüllung:**

Das Verfahren dokumentiert den Stillstand der Rechtspflege und die illegal verbotene § Fortführung der verbotenen Nazi- Staatsangehörigkeit bis zum 8.12.2010 und Nazi - Staatenlosigkeit mit Fortführung der Nazi\*- Staatsangehörigkeits- Blende, Nazi- Gleichschaltungsgesetze seit 8.12.2010.

Ferner Verweis auf Fortführung verbotener Nazi- Staatsangehörigkeitstäuschung, Nazi\*- Gesetze in der BRD wie die Justizbeitreibungsverordnung von 1937, Nazi- Bergrecht, Nazi - Titulierungsrecht, die Nazi- Gleichschaltungs- und Ermächtigungsgesetze, Nazi- Steuergesetze, Zwangsverordnungen, Zwangsgesetze auf Nazi- juristischen Grundlagen bis zur Kirchensteuer von Adolf Hitler und seiner Reichsregierung.

**für den Hauptmilitär-Staatsanwalt Cholsunow Pereulok 14, 119852 Moskau / Russische Föderation Hohe Hand dokumentiert und weitergeleitet.**

**Zu 13 Sofortige Beschwerde mit Antrag und Forderung auf Prüfung, Klärung und Erfüllung:**

Verweis auf den Verstoß gegen die Rechtsvorschriften Artikel 139 Bonner Militär-GG + Artikel 16 GG! Die pers. § Remonstrationspflicht angesichts Ihrer eigenen pers. - privaten Haftbarkeit in der NICHT souveränen BRD.

Damit Sie nicht selber in ein jetzt alliiertes Militärstrafantragsverfahren kommen, sind Sie verpflichtet das komplexe Verfahren bei eigener Klärungsunfähigkeit umgehend an Ihre Dienstvorgesetzten Stellen abzugeben.

**Zu 14 Sofortige Beschwerde mit Antrag und Forderung auf Prüfung, Klärung und Erfüllung:**

§- Information: Sollten Sie dem nicht unverzüglich nachkommen und ev. die vollständige fach- sachgerechte Klärung unterlassen, behindern, verhindern, wird ohne weitere Ankündigung das militärische Strafantragsverfahren laut Artikel 139 GG gegen Sie und jede beteiligte Person pers. c/o dienstlich in Moskau als auch hier in der BRD eröffnet. Hauptmilitär-Staatsanwalt Cholsunow Pereulok 14, 119852 Moskau / Russische Föderation

**Zu 15 Sofortige Beschwerde mit Antrag und Forderung auf Prüfung, Klärung und Erfüllung:**

Es geht ausschließlich nur um offenkundige Rechtstatsachen und gültige Gesetze/ § Hintergründe.

Ich bitte Sie daher von priv. Rechtsauffassungen, spitzfindigen Auslegungen, pers. Meinungen, Befindlichkeiten, juristischen Listigkeiten grundsätzlich Abstand zu nehmen.

**Zu 16 Sofortige Beschwerde mit Antrag und Forderung auf Prüfung, Klärung und Erfüllung:**

Erst wenn wir Ihre Handlungs- Rechtsgrundlagen restlos Sach- fachgerecht aufgeklärt und den fortgeführten Faschismus und Nazismus pflichtgemäß laut Artikel 139 GG beseitigt haben, können wir gerne Ihren privatgeschäftlichen „Tatvorwurf“ klären.

Ich bitte um umgehende, korrekte Eingangsbestätigung und angesichts des gesellschaftlichen Notzustandes um sofortige Bearbeitung der **sofortige Beschwerde mit Antrag und Forderung auf Prüfung, Klärung und Erfüllung:**

Ich erwarte dazu Ihre korrekte Eingangsbestätigung und fach- sachgerechte saubere Bearbeitung bis zum 30. Oktober 2012 - jedoch spätestens bis zum Ablauf der national und international gültigen 21 Tage Regelung im rechtlichen Schriftverkehr. Sollten Sie innerhalb von 21 Tagen ab o.g. Datum nicht entsprechend des Sachstands klärend reagieren, gelten meine Ausführungen laut BGB/ allgemeinen nationalen verbindlichen Recht als angenommen. Irrtümer und Fehler sind vorbehalten und bitte ggfs. um Berichtigung. Ergänzungen und Korrekturen bleiben stets vorbehalten.

= Eine Kopie des gesamten Vorganges wird an die laut Artikel 139 Bonner Militärgrundgesetz GG und den nachfolgenden Rechtsvorschriften der zuständigen Haupt- Militär-Staatsanwalt, Cholsunow Pereulok 14, 119852 Moskau / Russische Föderation **im Rahmen meines pers. Schutzantrages übergeben** über die Botschaft Russische Föderation zugeleitet.

Zum besseren Verständnis: Nach dem Gesetz bin ich eine natürliche Person und von Geburt an verfassungsgemäße Landeszugehörigkeit (LStA) [Mecklenburg- Schwerin](#).

Mit staatenlosen Grüßen

██████████

(Als postalischer Schriftsatz + cc. als auch in elektronischer Ausfertigung per E- Post / E – Mail an Sie persönlich. Als E- Mail auch ohne Unterschrift rechtswirksam verbindlich)

Anlagen- Verweise u. a. per E- Mail:

1. Verweis Glaubhaftmachung DEUTSCH + § Naziterminologie- Dokumentation: Illustriertes Heft \*Heimat ist ein Paradies\*+ Dokumentation \*Heimat ist ein Paradies\* liegt Ihnen bereits vor!
2. Verweis StAG 1913 v. 08.12.2010 / BGBl Teil III 1959  
Teil I GER / Teil II DDS!
3. Staatenlosigkeit Teil 1 und 2
4. STA-Farbig
5. Beschluss PETI-Ausschuss-MV
6. Bundestag-PETI
7. Geheimer STAG- Staatsstreich
8. Kopie Prüfungsantrag Ausländerbehörde/ STAG- Behörde
9. Kopie Prüfungsantrag BVA Köln
10. Urkunde 146 und Antrag auf Heimatrehabilitation
11. Kopie **DG Schreiben nur pers. vertraulich für den Dienstgebrauch !**
12. Kopie Schutzantrag an die russische Föderation
13. Urkunde 146 und Antrag auf Heimatrehabilitation
14. § Behörden - Dokumentation 1- 5
15. Liste heute aktuell gültiger NAZI-GESETZE!
16. Kopie Verfahrenseinstellung Amtsgericht Vechta wegen o.g. offenk. Rechtstatsachen
17. Kopie Verfahrenseinstellung Amtsgericht Schwerin o.g. offenk. Rechtstatsachen